

Aufforderung an Politiker: NEIN sagen zu Bombenangriffen auf Zivilisten

Handicap International (HI) fordert die Politiker dazu auf, sich gegen Bombardierungen auf Wohngebiete einzusetzen. Solche Bombenangriffe sind in aktuellen Konflikten fast systematisch geworden und treffen zu 92 Prozent Zivilisten, die getötet oder verletzt werden. Die Bundesräte und kantonalen Politiker werden dazu aufgerufen, Stellung zu beziehen, indem sie die Petition unterzeichnen und Druck auf den Nationalrat ausüben, damit er sich entschiedener gegen den Gebrauch von Explosivwaffen engagiert. Diese Initiative von HI ist Teil der [Kampagne „Stop bombing civilians“](#).

Die Kampagnen gegen Antipersonenminen und Streubomben sind fester Bestandteil der Identität von HI. Gemeinsam mit anderen Partnern der Zivilgesellschaft ist es der Organisation 1997 und 2010 gelungen, internationale Verträge zu etablieren, die diese Waffen verbieten. Heute ist HI weiter aktiv und mobilisiert die internationale Gemeinschaft gegen die Verwendung von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten, wobei immer der Schutz der zivilen Bevölkerung im Zentrum steht, die unschuldig zum Opfer der Konflikte wird.

Die Kampagne „Stop bombing civilians“ verfolgt nicht nur das Ziel, die breite Öffentlichkeit zu mobilisieren, sondern auch Politiker für die humanitäre Katastrophe zu sensibilisieren, die durch die Verwendung von Explosivwaffen in Wohngebieten entsteht. Darüber hinaus soll sie politische Debatten anregen und Politiker dazu bringen, Stellung zu beziehen und politische Lösungen für ein Ende dieser inakzeptablen Vorgehensweise zu finden.

HI hofft auf die Unterstützung der Bundesräte und der kantonalen Politiker bei diesem historischen Vormarsch, um den Nationalrat dazu zu bringen, sich als Vorreiter für den Schutz von Zivilisten vor Explosivwaffen zu präsentieren. HI ruft sie ebenfalls dazu auf, ihre Unterstützung durch die öffentliche Unterzeichnung der internationalen Petition „Stop bombing civilians“ kundzutun, die bisher von rund 500.000 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wurde, denen das Leid der Betroffenen am Herzen liegt. Ziel ist es, 1 Million Unterschriften zu erreichen und damit Druck auf die politischen Entscheidungsträger auszuüben.

Die Schweiz ist ein aktives Mitglied einer Gruppe von 12 Staaten, die seit mehreren Jahren mit der Ausarbeitung einer politischen Erklärung beschäftigt ist, welche den Einsatz von explosiven Waffen in Wohngebieten beenden will. Dieser Prozess wird offiziell vom Generalsekretär der Vereinten Nationen unterstützt. HI fordert die Schweizer Regierung dazu auf, sich mit mehr Nachdruck für den Schutz von Zivilisten einzusetzen und eine klare Position im Kampf gegen Bombenangriffe auf Wohngebiete einzunehmen.

Vorgehensweise mit katastrophalen Folgen

In den meisten aktuellen Konflikten spielen sich die Kämpfe in Städten ab. Rakka, Sanaa, Mossul, Mogadischu und Donbass sind zu Symbolen der schlimmsten Grausamkeiten geworden. In bewohnten Gebieten sind 92 Prozent der Opfer von Bombenangriffen Zivilisten: Männer, Frauen und Kinder, die nicht in die Kämpfe verwickelt sind und vor den Auswirkungen des Krieges geschützt werden müssten, wie es das humanitäre Völkerrecht fordert.

Neben den direkten Opfern haben die Bombenangriffe in Wohngebieten auch zahlreiche Langzeitfolgen: Menschen werden verletzt und tragen bleibende Behinderungen und psychische Traumata davon; ausserdem kommt es zur Flucht der Bevölkerung, zur Zerstörung ziviler Infrastrukturen, zur unsicheren Versorgung mit Nahrungsmitteln und es bleiben explosive Kriegsreste zurück, die noch lange nach den Kämpfen ganze Gegenden kontaminieren.

Die Staaten müssen das humanitäre Problem erkennen, das durch den Gebrauch von Explosivwaffen in Wohngebieten entstanden ist, und sich dafür einsetzen, dass humanitäres Völkerrecht eingehalten wird. Denn Zivilisten zu bombardieren, ist kein Krieg, sondern ein Verbrechen.

Nadia Ben Said, Verantwortliche Medien bei Handicap International Schweiz
Marco Kirschbaum, Geschäftsleiter von Handicap International Schweiz